Zeitschrift: Die Staatsbürgerin : Zeitschrift für politische Frauenbestrebungen
Herausgeber: Verein Aktiver Staatsbürgerinnen
Band: 28 (1972)
Heft: 1-2

Artikel: Frauen in Berner Räten
Autor: [s.n.]
DOI: https://doi.org/10.5169/seals-845670

Nutzungsbedingungen
Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Mehr erfahren

Conditions d'utilisation
L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. En savoir plus

Terms of use
The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. Find out more

Download PDF: 09.12.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, https://www.e-periodica.ch

kommissionen behandelt werden und dass es ganz ausgeschlossen ist, sich mit allen Berichten, Botschaften usw. zu befassen. Gegenwärtig sind in Bern rund sechzig Geschäfte pendent, der grösste Teil davon wurde aus der letzten Legislaturperiode übernommen und es wäre wenig sinnvoll, sich — mit Ausnahme der generellen Schlussabstimmungen — noch näher damit zu befassen. «Im Grunde genommen kann man im Parlament nur arbeiten, wenn man sich auf diejenigen Gebiete konzentriert, die einem besonders liegen oder in die man sich einarbeiten will. Über den Rest muss man sich ganz allgemein durch die Fraktion informieren lassen», erklärt Frau Dr. Uchtenhagen. Von den laufenden Geschäften stand für sie vor allem das Expressstrassen-Ypsilon von Zürich im Vordergrund, für dessen Bekämpfung sie sich schon vorher engagiert hat. Bevor sie zu dieser Frage ein Votum abgab, hat sie nicht nur die Unterlagen sorgfältig studiert, sondern auch mit Fachleuten Kontakt aufgenommen. Als einzige Frau wurde Dr. Lilian Uchtenhagen in die Aussenwirtschaftskommission gewählt, die sich aus 29 Mitgliedern, vorwiegend Nationalökonomen, zusammensetzt und sich mit den EWG-Fragen, Handelsproblemen und Massnahmen auf wirtschaftlichem Gebiet befasst. Ferner wurde sie in die Kommission «Gleiche Arbeit — gleicher Lohn» aufgenommen. Für die nächste Session wünscht sich Frau Dr. Uchtenhagen etwas weniger Publizität. Sie findet, es sei jetzt Zeit, zur Tagesordnung überzugehen und sich voll und ganz für die Arbeit im Parlament einzusetzen.

Margrit Baumann

Frauen in Berner Räten

Als die letzte Nummer der «Staatsbürgerin» in Druck ging, stand bereits fest, dass die Berner Gemeinderätin Ruth Geiser wiedergewählt worden ist, dagegen waren die Ergebnisse der Stadtratswahlen (Legislative) noch nicht bekannt. Inzwischen wurde bestätigt, dass erstmals zehn Frauen in den Stadtrat eingezogen sind.

Doch in der gleichen Sitzung, in welcher die zehn neuen Stadträtinnen mit Blumen begrüsst worden sind, kam es zu einem unerfreulichen Zwischenfall. Wir zitieren aus der «Tat» vom 22. Januar 1972: «Zu einer kleinen Sensation kam es bei der Zuteilung der Verwaltungsdirektionen an die Gemeinderäte (Exekutive), für die nach Gemeindeordnung der Stadtrat zuständig ist. Erstmals in der Geschichte des Berner Stadtrates rückte die Fraktion des jungen Bern von der Tradition ab, dass die Gemeinderäte auf Grund des Dienstalters ihre Direktion wählen können. Sie verlangte, dass die bisherige Baudirektorin, Ruth Geiser, zur Schuldirektion wechsle, während dem neugewählten Arist Rollier die Baudirektion zu übergeben sei. Als Diskriminierung der Frau empfanden dies allerdings Ruth Geiser und ihre Partei, die Bürgerpartei, und auch die übrigen Ratsmitglieder konnten sich dafür nicht begeistern. Der Antrag wurde schliesslich mit 49 zu 13 Stimmen abgelehnt.»

13 Mitglieder des Berner Stadtrates haben sich offenbar noch nicht an die Vorstellung gewöhnt, dass Frauen andere Interessen als die ihr von den Männern zugewiesenen haben könnten.